

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

„Der Steinarbeiter“ erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post exkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zehner Straße 52, IV., Volkshaus
Telephonus 282.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pf. für die einspaltige
Petitseite oder deren Raum berechnet. Interate werden nur gegen
vorherige Einsendung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 48.

Sonnabend, den 1. Dezember 1917.

21. Jahrgang.

richt über die Beiratshonferenz.

Zum zweitenmal während des Krieges wurde der Beirat zusammenberufen. Die Verhandlungen begannen am Montag, dem 10. November, im Volkshaus zu Leipzig. Als Vertreter sind anwesend: Für die Sandsteinmeichen Berlin-Bunzlau, Hirschberg, Poth-Frankfurt a. M., Bredahl-Dresden-Pirna, Singen-Furt, für die Granitbranche Moosmüller-Lichtenstein, Mehlkott-Löbau, Oppitz-Hasserode, Menzies, für die Marmorbranche Gumboldt-Hamburg, Kalksteinbranche Reichs-Hedingsfeld. Von den Gauleitern Biering-Hannover und Herrmann-Köln anwesend: Biering-Hannover und Lehner (Düsseldorf) und Biering-Wittenberg und Walther. Entschuldigt fehlen Mittelgebirgsburg und Rämer-Schwarzenbach. Die Tagessitzung lautete: 1. Stand des Verbandes und Finanzfragen; Tarifverträge; 2. Tarifverträge; 3. Arbeitsvermittlung; Industrie und Handelsverträge; 4. Steinarbeitergeschäft; weitere Verbandsfragen.

Der Bericht über den Stand des Verbandes gab Kollege Biering. Zum Heere sind etwa 22000 Kollegen eingezogen, gegen Ende 1918. Wir wollen diesen Kapser ein ehrendes Ansehen bewahren. Viel Arbeit macht dem Vorstand die Teuerungszulagen. Die Unternehmer wollten zunächst Zulagen nicht gewähren. Nachdem das Reichssamt des Innern eingriff, wurde es besser. Zahlstellen gingen wieder ein, dieses sei schmerzlich, aber zu vermeiden gewesen. Unser Beruf sei eben keine Kriegsbranche und daher kam es, daß in einigen Gebieten Mitglieder einzutreten. Redner verweist auf die großen Ausgaben im Haushaltungswesen. Der Verband habe sich in dieser Hinsicht bewährt. Durch viele Eingaben sei auf die Behörden der Arbeitsvergabe eingewirkt worden.

Walther gibt den Kassenbericht. Besonders hebt er hervor, daß bei der jüngsten Mitgliederzahl die Krankeleinstellung abnehmend mehr bedenkt. Einige Zahlstellen haben seit Jahren Gebühren überhaupt nicht mehr an die Hauptklasse leisten. Ausgaben für die Krankenkasse sind eben zu hoch. Was für Mitglieder zutrifft in rechnerischer Weise, braucht für 5000 Mitglieder nicht maßgebend zu sein. Über diese Tatsache kommen nicht hinweg. Es verurteilt sei, daß an die 100 Zahlstellen bisherigen Beitragsschlüssen zahlen, als wie dies zulässig sei. Dieser Ansicht muß man Wandel schaffen, es könnte auf diese dem Verband eine sehr große Summe zugeführt werden. In der Debatte beteiligen sich die Kollegen Lehner, Biering, Poth, Hermann, Reich, Moosmüller, Mehrfort, Brünn, Gumboldt und Kampfholz. Gegen die Tätigkeit des Verbandes wurden Bedenken nicht erhoben. Die Krankenunterhaltung muß während des Krieges so bleiben. Allerdings sind Zahlstellen streng anzuwenden, daß die Mitglieder je nach Verdienst auch die entsprechenden Beläge zahlen. Das Besondere in den Zahlstellen zu beachten, die in die 3. und 4. Klasse zählen. In der Diskussion wurde darauf verwiesen, die Einheitlichkeit in der Gewerkschaftsbewegung nicht gesichert darf. Bei allen gewerkschaftlichen Aktionen sei Einheitlichkeit nötig. Großer Eindruck machte es, als Gumboldt (Hamburg) sagte, daß seine Zahlstelle für die Unterstützung der Krieger bereits 22000 Mk. ausgegeben hätte. Allerdings seien entsprechend die Beiträge erhöht worden. Die Redner meinten, der Verband habe zwar den Krieg gut überstanden, aber keinem wisse, wie groß nach dem Kriege die unanständigen Verpflichtungen seien. Daraum mithin wir gerüstet.

Die folgende Resolution fand dann einstimmig Annahme:

Die Verbandseinrichtungen, vor allen die Unterstützungen Krankheits- und Sterbefällen, belasten den Verband zur Zeit unbedenklich.

Um aber eine allgemeine Beitragserhöhung legt zu verhindern, erachtet es die Beiratshaltung für notwendig, an alle Verwaltungen die Mahnung zu richten, die Wochenbeiträge nach dem wirklich verdienten Wochenverdienst zu erhöhen.

Nach den Feststellungen hat sich ergeben, daß ein Teil der Mitglieder in einer niedrigeren Beitragssklasse zahlt, als wie es nach dem Statut zulässig ist.

Die Ortsverwaltungen haben die Beitragssleistung erneut zu erhöhen und dafür Sorge zu tragen, daß vom 1. Januar 1918 an die Beitragssleistung nach dem Vertrag erfolgt. Die Zahlstellenverwaltung hat sofort allen Mitgliedern den Aufschluß zu unterbreiten und festzustellen, welche Beitragssklassen zu leisten sind.

Nachmittags-Sitzung.

Die Punkte Teuerungszulagen und Tarifverträge wurden geschäftlich verhandelt.

Über die Ergebnisse der Teuerungszulagen in den einzelnen Gauen gibt Kollege Stark eine Übersicht. Er führt darüber, daß die ausgegebenen Fragebogen sehr unpünktlich waren, teilweise waren sie mangelfälsch ausgerichtet. Immerhin ist sich, daß in allen Gauen in den meisten Zahlstellen Teuerungszulagen gezahlt werden. Dieselben schwanken von 2 bis 5 Mark pro Woche. Daneben wurden auch die Stundenlöhne erhöht, freilich durfte nicht außer Betracht bleiben, daß die Kaufkraft des Geldes wesentlich gesunken sei. Eine zentrale Regelung der Stundenlöhne des Altordpreises sei wohl anzstreben, aber ein Erfolg war nicht zu verzeichnen. Er beschreibt alsdann eingehend den derzeitigen Stand der Tarifverträge im Verbande. Der Abschluß eines Reichstarifes für gesamte Steinindustrie sei trotz der Eigenart der verschiedenen Betriebsgruppen durchführbar. Eine Ausdehnung der Tarifverträge sei zu streben. Er macht dann Ausführungen über zu treffende Maßnahmen bei den kommenden Tariferneuerungen.

Staubinger ergänzt die Ausführungen des Kollegen Stark mit der Aussicht, daß wir bei dem Ablauf der Tarife erneut aufnehmen müssen, einen Tarifabschluß derselben herbeizuführen, eine einheitliche Berechnung in den Tarifen sei Sorge zu tragen.

Es nach dem Kriege könnten dann Zuschlüsse erfolgen. Der sächsische Landestarif sei nachahmenswert. Redner gibt noch einen geschichtlichen Abriss über unser Tarifwesen.

Mössmer (Granitarbeiter) bespricht eingehend den derzeitigen Stand der Lohn- und Tarifverhältnisse sowie der Teuerungszulagen, die im Odenwald jetzt gezahlt werden. Dieselben betragen zur Zeit 25 Prozent an den Tariflohnsummen. Die Teuerung bedingt aber dringend eine weitere Erhöhung des Einkommens.

Reisinger (Erfurt) Sandstein: Er bemängelt, daß der Hauptvorstand nicht mehr zur Erringung der Teuerungszulagen genutzt hat. Die Teuerungszulagen müßten innerhalb Deutschlands einheitlicher geregelt werden. Besonders sei eine Erhöhung der Löhne in den Bruchdistrikten zu erstreben.

Mehlert (Löbau) Granitarbeiter: Mit der Verlängerung der Tarife ohne Lohnerhöhung kann ich mich nicht einverstanden erklären, die wirtschaftlichen Verhältnisse bedingen eine Erhöhung des Einkommens.

Bürlin (Bunzlau): Die Teuerungszulagen sind im ganzen Bezirk gering. Der Hauptvorstand hätte seine Kraft zur Erringung einer höheren Teuerungszulage mehr einzusetzen müssen.

Leißig (Muschelkalkbezirk) bespricht eingehend die Erneuerung des ablaufenden Muschelkalktarifes. Da die Arbeitsgelegenheit sehr günstig ist, darf man wohl hoffen, daß die Firmen den Tarifverhältnissen Rechnung tragen. Denn der Durchschnittslohn beträgt zur Zeit nur 7 Mark.

Biewig: Die Schwierigkeiten, daß die Teuerungszulagen nicht einheitlich geregelt werden können, liegen darin, daß die Teuerung nicht überall gleichmäßig sich zeigt und ein Reichstarif fehlt.

Der Ausbehnung des Tarifwesens in den Bruchdistrikten ist größte Aufmerksamkeit zu widmen. Die Entlohnung aller Berufsgruppen soll möglichst tariflich geregelt werden.

Hirsch (Berlin): Er warnt vor dem Abschluß von Tarifen von längerer Dauer, denn die wirtschaftlichen Verhältnisse bedingen es, daß man den Teuerungsvorhersagen Rechnung tragen muss. Für die weiblichen Mitglieder muß der Lohn auch vertraglich geregelt werden.

Gümptner (Hamburg): Da, wo die Möglichkeit besteht, muß versucht werden, bei den Tarifneuerungen Vorteile für die Kollegen zu erzielen. Die Teuerungszulagen in Hamburg bekommen die Unternehmer teilweise von den Behörden zurückvergütet.

Hermann (Böhl): Da, wo die Tarife ablaufen, muß versucht werden, einen Neuaufschluß herbeizuführen. Über den Stand der Tarife im Bau gibt er eine Übersicht. Die enorm gestiegenen Lebensunterhaltskosten bedingen eine wesentliche Erhöhung des Einkommens. Es ist der Hoffnung, daß die „Neuorientierung“ dazu beitragen wird, ohne große Auseinandersetzungen zu einer Einigung zu kommen.

Menzies (Striegau) bespricht recht eingehend die Verhältnisse im Striegauer Bezirk.

Wolff (Vorstand): In den Aufbau der Tarife muß mehr Einheitlichkeit kommen. Ob eine Kündigung der Tarife erfolgen soll, kann nur von Fall zu Fall entschieden werden. Über die Berechnungsweise des Lohnes muß unter den Mitgliedern Klarheit geschafft werden.

Lechner (Pirna) bespricht eingehend die Lohn- und Tarifverhältnisse der Steinbrecher. Die Tarifverhältnisse derselben müssen besser geregelt werden.

Bredahl (Dresden) bespricht die Verhältnisse seines Bezirks. Stark geht in seinen Schlussführungen eingehend auf die vorgebrachten Anregungen und Wünsche ein.

Zum Punkt Tarifverträge wurde folgende Entschließung angenommen:

In der Steinindustrie hat erstaunlicherweise die Entwicklung des Tarifwesens in den Jahren vor dem Kriege einen hervorragenden Platz eingenommen. Bedauerlicherweise hat aber mit dieser Entwicklung die Einführung von Einheitstarifen nicht den gleichen Erfolg zu verzeichnen.

Nachdem nun der Zusammenschluß verschiedener Unternehmerverbände in der Steinindustrie zur Ausführung gekommen ist, erwarten die organisierten Steinarbeiter, daß das Tarifwesen einheitlicher gestaltet wird. Der Verbandsvorstand erhält den Auftrag, sich mit dem Deutschen Steinindustrieverband e. V. in Verbindung zu setzen, um die Schaffung von Einheitstarifen in die Wege zu leiten.

Die Teuerungszulagen in der Steinindustrie.

Mit Gegenwärtigem unterbreiten wir den Kollegen das Resultat unserer Teuerungszulagenbewegung. An die Zahlstellen wurden 220 Fragebogen versandt, wovon 151 ausgefüllt zurückkamen. Erfasst wurden von diesen 151 Fragebogen 963 Betriebe mit 6114 Beschäftigten. Davon waren 2962 Mitglieder unseres Verbandes, 3152 Stein-

mitglieder im Verbande. Der Abschluß eines Reichstarifes für gesamte Steinindustrie sei trotz der Eigenart der verschiedenen Betriebsgruppen durchführbar. Eine Ausdehnung der Tarifverträge sei zu streben. Er macht dann Ausführungen über zu treffende Maßnahmen bei den kommenden Tariferneuerungen.

Staubinger ergänzt die Aussicht, daß wir bei dem Ablauf der Tarife erneut aufnehmen müssen, einen Tarifabschluß derselben herbeizuführen, eine einheitliche Berechnung in den Tarifen sei Sorge zu tragen.

1.10 Mt. 1917 gleich 16 Prozent, für Schleifer von 75 Pf. 1914 auf 93 Pf. 1917 gleich 19 Prozent, für Hilfsarbeiter von 65 Pf. 1914 auf 1 Mt. 1917 gleich 34 Prozent.

Außerdem wurde für Steinmetze und Schleifer in mehreren Verhandlungen eine Extrazulage in der Höhe von 20 Pf. pro Woche erreicht. In Frankfurt a. M. wurden die Stundenlöhne von 63 auf 90 Pf., oder um 43 Prozent erhöht. In Rostock wurden die Altord- und Stundenlöhne um 7 Prozent erhöht und pro Woche gibt es 2 Mt. Extrazulage. In Stettin wurden für die Steinmetze die Stundenlöhne von 70 Pf. bis auf 1 Mt. und für Schleifer von 50 auf 80 Pf. oder um 60 Prozent erhöht.

2. Gau, Striegau. Hier war über die Teuerungszulage mit dem gesamten Bezirksverband verhandelt. In Betracht kamen der Striegauer Granitbezirk (Striegau, Hirschberg und Umgegend), der Plastersteinbezirk (Strehlen, Ströbel und Umgegend), der Niederschlesische Sandsteinbezirk (Bunzlau, Altendorf, Deutmannsdorf, Hodenau, Löwenberg und Wenzig-Raditz) und die Heuscheuer mit Mittelsteine, Wilschelburg und Umgegend. In einer Verhandlung am 6. März 1916 wurde zunächst ein Ernährungszuschlag vereinbart. Dieser betrug für jeden nach Tarif Arbeitenden 3 Mt., für die Frau 2 Mt. und für jedes Kind unter 14 Jahren 1 Mt. pro Monat. Die Vertretung der Firmen Schilling, Zeldler und Wimmel lehnten für ihre Steinmetze eine Teuerungszulage ab. Ab 1. Dezember 1916 wurde die Zulage dann auf 5, bzw. 3 bzw. 1,50 Mt. erhöht. Die Steinmetze im Bunzlauer Gebiet erhielten von jetzt an die erste Zulage. Ab 1. Juli 1917 kam zu der erhöhten Zulage noch eine Extrazulage von 12 Mt. pro Monat. Die Steinmetze erhielten ab 1. April 1917 die Differenz zwischen der 1. und 2. Zulage nachbezahlt. Die Stundenlöhne in der Sandsteinbranche erhöhten sich um 14 bis 33 Prozent. In den Orten der Granitindustrie erhöhten sich die Stundenlöhne von 10 bis 20 Pf. Im Demitzer Bezirk trat für die Granitsteinmechen eine 20prozentige und für die übrigen Arbeiter eine 15prozentige Stundenlohnernhöhung ein. Die Löbauer Granitschleifer, deren Inhaber sich wie die Demitzer Unternehmer dem sächsischen Industriebeschlußverband angeschlossen haben, gewährten neben einer Stundenlohnernhöhung von 20 Prozent für Steinmetze und Schleifer, 15 Prozent für Hilfsarbeiter. Daselbe trifft auch zu für die Marmor- und Granitarbeiter in Oberpeilau. In der Plastersteinindustrie der Obersch. wurden außer Stundenlohnernhöhung noch Zuschlüsse von 10 bis 15 Prozent vereinbart.

Im 3. Gau wurden die Stundenlöhne im Bereich des sächsischen Normaltariffs von 0,80 auf 1,15 Mt. und der Zuschlag auf Altordarbeit um 25 Prozent erhöht. Für Brecher und Hilfsarbeiter beträgt die Erhöhung 20 Prozent. Die Stundenlöhne schwanken im Bau zwischen 50 Pf. als niedrigsten 1914 und 1,15 Mt. als höchsten im Jahre 1917. Die niedrigsten Löhne mit 30 bis 47 Pf. weisen die Saalburger Marmorwerke auf. Die Granitindustrie in Meißen und Beucha zahlt Löhne in der Höhe von 50 bis 70 Pf.; auf Altordarbeit gibt es 20 Prozent Zuschlag. In den Kalk- und Kunsteinbetrieben sind bessere Löhne zu verzeichnen als in den anderen Branchen.

Im 4. Gau sind die höchsten Stundenlöhne im Bereich des sächsischen Normaltariffs von 0,80 auf 1,15 Mt. und der Zuschlag auf Altordarbeit um 25 Prozent erhöht. Für Brecher und Hilfsarbeiter beträgt die Erhöhung 20 Prozent. Die Stundenlöhne schwanken im Bau zwischen 50 Pf. als niedrigsten 1914 und 1,15 Mt. als höchsten im Jahre 1917. Die niedrigsten Löhne mit 30 bis 47 Pf. weisen die Saalburger Marmorwerke auf. Die Granitindustrie in Meißen und Beucha zahlt Löhne in der Höhe von 50 bis 70 Pf.; auf Altordarbeit gibt es 20 Prozent Zuschlag. In den Kalk- und Kunsteinbetrieben sind bessere Löhne zu verzeichnen als in den anderen Branchen.

Im 5. Gau sind die höchsten Stundenlöhne zu verzeichnen.

Bremen mit 126 Pf., Hannover mit 114 Pf., Kiel mit 110 Pf., Hamburg mit 102 Pf. nebst 20 Prozent Zuschlag. Dieser gilt für die Grabsteinbranche und Betriebe,

wie alle Materialien verarbeitet werden. In der Plastersteinindustrie ist der höchste Stundenlohn 61, der niedrigste 50 Pf., außerdem wurden Zuschlüsse bis zu 25 Prozent erreicht.

Im 6. Gau arbeiten die Plastersteinmacher zum großen Teil im Altord, diese erhalten Zuschlüsse in der Höhe von 15 bis 20 Prozent. Die Brecherstundelöhne erhöhten sich von 60 auf 85 Pf., die der Hilfsarbeiter von 10 auf 65 Pf. Bei den Steinmetzen in allen Branchen war der Höchstlohn 1,20 Mt. gegen 75 Pf. vor dem Kriege. In einem Orten wurden außerdem recht wesentliche, in einem Orten gar nichts.

Im 7. Gau sind die Stundenlöhne seit 1911 um 10 Pf. gestiegen. 17 Jahrzehnte gehörten zum Tarifbesitz des Zittauergebirges. In Unterherdtling mit dem Unternehmerverband wurde außer der Steigerung der Stundenlöhne ein Zuschlag von 12 und 8 Prozent zusammen getragen. 20 Prozent für Steinmetze und Schleifer erreicht. In München liegt der Stundenlohn von 72 Pf. auf 1 Mt. in Augsburg von 57 auf 90 Pf. Im Bautzenland wird die an sich niedrigen Stunden- und Altordlöhne um 2 bis 10 Pf. steigerungsweise um 20 Prozent gesteckt. Dieses konnte oft in schweren Verhandlungen erreicht werden.

Im 8. Gau wurden in den 11 Jahrzehnten des Zittauergebirges die Stundenlöhne zum Teil erhöht. Mit dem

Bei der Verhandlung der Unternehmer wurde ein Aufordzuschlag von 10% für die ersten 2 Kinder, kein und ein solcher von 10 Prozent für Preiser und Hilfsarbeiter vereinbart. Des weiteren kommen 8 Arbeitstagen der Sandsteinbranche (Mainfrank) in Frage. Dazu sind die Stundenlöhne im allgemeinen verdreifacht. Außer einer geringen Steigerung der Stundenlöhne wurde mit dem Bezirksverband ein 25 prozentiger Aufschlag erreicht. Die Granitbranche kommt nur für 7 Arbeitstagen in Frage. Die Stundenlöhne stiegen von 40 auf 110 Pf. weiter. Gibt es 2 Ml. wöchentlichen Extrazuschlag. In der Schäferbranche (Steinach) wird neben dem um 40% erhöhten Stundenlohn pro Monat eine Zulage von 2 Ml. und für jedes Kind eine solche von 5 Ml. gewährt.

Der Verbandeleitung hat es ein gutes Stück Arbeit geleistet, um die Zulagen durchzusetzen, es mußte sogar die Feuerwehrleitung in Bewegung gesetzt werden, ehe sich unsere Unternehmer dazu verhenden, den Zeilen Rechnung zu tragen. Der ganzen Schwundhaften Höhe der Lebensmittelpreise entsprechen die Zulagen bei weitem nicht, aber ohne Organisation wären die Zulagen in dem Umfang nicht erreicht worden.

Gewerkschaftstreif und Gewerkschaftskampf.*

Die zweite Druckerei Brunn, der unanonyme Verleger für die *Gutachter* ist, zuerst ein sehr geringt bewertet sei und sich als ein gewisser Schreiter, der für die Fortschrittsbewegung durch zahlreiche Bütten- und Zeitungen eine eigene Zeitschrift unter eiginem Titel erscheinen lassen, die er dann die „Schriften zur 60-jährigen Feier des Deutschen Reiches“ nannte, und darüber hinaus redigierte und förderte, aber dennoch nicht anerkannt wurde. Die Zeitschrift zeugt mit einer Dar-

und ist einer Serie wendet. Die Schrift beginnt mit einer Darlegung von Missverstndigungen auf die Gewerkschaften und mit den Fehlern, die eine Zultzung zeitigen mk. Dann behandelt er im zweiten Kapitel der Gewerkschaften fr die Leitung der Arbeit vor dem Krieg. In einem umfangreichen Kapitel mit sehr selten detaillierten Angaben sieht er, wie sich diese Vermutung nach die Kriegszeit noch verstrkte und erweiterte wird, hierauf baut sich auf eine Fortsetzung in einer Reihe weiteren Aufgabden der Arbeiterbewegung. Diese geht weiter auf die den Erfolgsergebnissen in der Gewerkschaft, von den Gewerkschaften, vom Absolutismus in der Zeit L von der Kriegswirtschaft der Gewerkschaftsmitglieder, von der Steuerpolitik, den Parteischaftragenten, den Monopolen, von der Profiteurkunst, den der sozialpolitischen Aufgaben wie Sozialversicherung, Arbeitsmarkt und Arbeiternachfrage, von der Bedeutung der Sitzes in der Arbeiterbewegung auf die indifferenter Freiheit, von den Kircbentreffen mit "Die Sozialstaatlichkeit der meistbunten Freiheit" fort.

Der Krieg ist eine höhere und härtere Zeit für alle Menschen, die im Kriege kämpfen, so wie ich mich eine härtere Zeit für alle, die einen Krieg nicht mit den Waffen euziehen und doch erfüllt sind von Schmerz und Tod dem Frieden. Wir alle wollen den Frieden, aber wir müssen uns doch nicht trauen, daß auch der Friede eine härtere Zeit sein wird, nach den Wirkungen des Krieges in der Zeit des Friedens von Lebensmangel, auch noch von unsern Kindern und Kindeskindern, vor allem von dem Mittelalterden schwer empfunden werden. Dafür wollen wir schützen von all den körperlichen Kriegswirkungen, die uns durch Jahrzehnte vor Augen stehen werden, daher müssen wir nicht erdenkt, all das schweren Verluste an Personen und Lebewesen, an soinem Volksgut. Auch ein wichtiger Punkt ist, wie wird nun dieser Krieg im Frieden gut viel zu denken und zu sorgen geben. Deutlich die großen Kapitalisten sind der Krieg zu höchster Macht gedient, der Mittelstand ist aus Zerstörung, die Gegenseite in der Gesellschaft werden durch den Krieg auf das Höchste gepeinigt. Der gewaltige Macht des Kapitalismus gegenüber wird das Proletariat stehen, auf seine eigene Kraft allein angewiesen. Die großen Kapitalisten werden in noch höherem Maße als vor dem Kriege eine gefährliche Macht bilden und desto fester zusammenrücken, je mehr es sich darum handelt, ihre Interessen nach der Kriegszeit zu verteidigen. In festgefügten Kartellen, in eng zusammengeklammerten Syndikaten, in bis in die letzten Einzelheiten gegenseitige Monopole wird die kapitalistische Gesellschaft als eine geschlossene Einheit der Arbeiterschaft gegenübertreten. Dieser geistige Machtseinigung müssen sich die Arbeiter entgegenstellen, in einer Zeit Schwerer Schwierigkeiten, äußerster Not, in einer Zeit, die eine Masse erdrückt Anischer heißt.

338. man gegen die Gewerkschaften, gegen ihre Leitung und
vor alle Politik während des Krieges sprechen man, ohne mit
ihren Anliegen gegenüber zur Kleinheit und Unbedeutlichkeit zu-
ginnen. Jeder Arbeiter für sich. Die Arbeiterschaft als genet, wie
sie Berlins erordnet, nach dem Kriegsfrüttac, in unüber-
sehbare Organisationen haben, die den Kampf aufzunehmen ver-
mögen gegen die konzentrierte Kraft des der höchsten Entwicklung
durchsetzenden Kapitalismus. Dictem gilt der Kampf und nicht
die Unstimmigkeiten in den Gewerkschaften. Es ist leichter, den
arabischen die oder jene Gewerkschaftsführer beginnen, und die
am 17. Februar in drei Städten in Preußen, den Bruderkampf zu lassen
als es ist die Gewerkschaften zu entziehen, jede Selbständigkeit und
die Kraft der Arbeiterschaft zu entziehen in der Belämpfung
der Arbeiterschaft mit der Kriegspolitik der Gewerkschaften.
Die derartige Verwendung der proletarischen Kraft würde sich bitter
aus. Mit ihr zu leben mit dem Friedensübermächtiger Kapita-
lismus einen Rechtsstreit über die Arbeiterschichten ganz nach ihrem
eigentlichen zu ordnen und zu bestimmen, weil die Widerstandskraft
der Arbeiterschaft, weil ihr Willen und Zersetzen verbraucht wird
an der Seite seines vertreibenden Bruderkampfes.

Die reiche Kultur für jeden Gewerkschaftler, wie für jeden Besitzer und seine erziehenden Kinder Kennt zu erkennen und deren Stärke durch Anwälte. Die Gewerkschaften könnten in einer Zeit, wo die großen Gewerkschaften gewaltsam ihre Arten treiben, nicht an den Gewerkschaften die verdeckte Hand haben, die würden im Augenblick dann jenen die Gewerkschaften zu stärken, zu führen durch Gewerkschaften die eine starke Gewerkschaft zu föhren in ihren Reihen befähigen und so Gewerkschaften auszubauen in einer Gestaltung, die die ganze Kraft des Geistes geschicklich entfalten würde.

Hier liegen die Maßnahmen für jeden Gewerkschaften bereit und vorweg. Sie heißen trotz alledem noch alledem zuvorwissen zu können und die Sicherung der Republikaner eine einzige und gründliche Ver-
bindung der Arbeiterschaften einzugehen.

Nur dem Frieden, nicht für die Sinnerkündung der
Schulsoße, nur für die Früherziehung des Unternehmens.
Das zu wollen, was jedem Menschen fern liegt!

nach Nahrung, Kleidung und Wohnung, fügend nach Arbeit. Wenn auch darüber gesprochen werde, ob Arbeitslosigkeit droht, so genüge doch die Unsicherheit, zur Vorsicht zu mahnen.

Während der Referent besonders an die Rüstungsaktion der Ausführung von Konalbauten denkt, legte der Korreferent Ministerialdirektor a. D. Dr. Thiel das Hauptgewicht auf die Landwirtschaft. Sie bietet die Möglichkeit, ein Heer von Arbeitskräften sofort aufzunehmen und zu produktiver Tätigkeit zu verwenden. Geheimer Regierungsrat Dr. Seig vom Kaiserlich Statistischen Amt sprach über den Arbeitsmarkt nach dem Kriege. Es genüge nicht, für Zentralisierung der Arbeitsvermittlung zu sorgen. Erforderlich sei Arbeitsbeschaffung in großem Maßstabe; sie werde auch ermöglichen lassen,

fest zum Verbande halten, und sich nicht durch unfruchtbare Streitigkeiten über politische Dinge von ihren gewerkschaftlichen Zielen abbringen lassen, dann wird auch eine kleinere Mitgliederzahl dieselben Erfolge haben, wie eine große. Die gewerkschaftliche Einigkeit ist die erste Voraussetzung zur Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Rundschau.

Collegie C. Sinos, der den Steinmechen Elberfelds und Barmen sehr wohl bekannt ist, wurde als drittes Vorstandesmitglied des hanauischen Bauarbeiterverbandes angestellt. Sinos arbeitete ein Jahrzehnt als Steinmehl im westlichen Deutschland und wie er aus Amsterdam mitteilt, könne er der deutschen Gewerkschaftsbewegung nur die allergrößte Hochachtung entgegenbringen.

Eine Konferenz der Kupferschmiede beschloß, daß der Wochengebeitrag von 65 auf 80 Pfg. erhöht werden sollte. Endgültig entscheidet darüber eine Urabstimmung.

Dem internationalen Steinarbeitersekretariat wird aus
geschrieben:

„Wir können eine allgemeine eifrige Agitation im Quartier statieren. Umfassend sind auch die Bewegungen für Lohn erhöhung zum Ausgleich der teuren Lebenshaltung. Aber auch eine Kürzung der Arbeitszeit wurde vielerorts erzwungen. Die Erfolge aller dieser Bewegungen können wir als befriedigend bezeichnen. Eine große Tätigkeit im Baugewerbe ist nicht vorhanden, Privat arbeiten finden überall. Trotz allerdem gelang es in den Orten von Lyon, St. Etienne, Seine und andern für die Organisation Fuß zu fassen und Arbeitsverträge einzuführen und zu verbessern speziell sind es die Granithauer, welche ansehnliche Erfolge erweisen.“

(Wenn es in den Städten Paris, Lyon usw. dem Verbund lang, festen Fuß zu lassen, so ist das eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Wir können darin eine bewunderungswürdige Leistung erblicken. Ned. d. „Steinarbeiters“.)

Literarisches.

Von der Neuen Zeit, Verlag J. B. Dier, Stuttgart, ist so-
dass 8. Heft vom 1. Band des 36. Jahrgangs erschienen. Aus
Inhalt des Heftes heben wir hervor: Volksherrschaft und parla-
mentarisches System. Von Heinrich Gunow. — Die russische sozialistische
Gesellschaft in der Revolution. Von N. E. Berow. — Zwei Stu-
romane. Von L. Lessen. — Ein wichtiges Problem. Von W.
Kolb. — Literarische Rundschau: Christian Reuters Werke. —
Carl Diesel. N. E. Berow, Die große russ. Revolution. Von N.
Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und in zwei

Die neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch Buchhandlungen, Postanstalten und Kiosquen zum Preise von 3.30 Mf. das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei dem Verleger nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 30 Pf. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Eine wichtige Karte. Bei der jetzigen Verkehrsknot ist Industrie und Großhandel verpflichtet, dafür zu sorgen, daß die Eisenbahnlasten werden und dem Wasserwege bei allen Transporten Vorzug gegeben wird. Vorgenannte Kreise werden es begreifen, als soeben im Ministerium der öffentlichen Arbeiten bearbeitete "Übersichtskarte der Deutschen Schifffahrtsstraßen im Maßstab 1 : 2 000 000" erschienen ist, die in dieser handlichen Größe eine vollständige Übersicht über das deutsche Wasserstraßenetz und dessen Umschlußstrecken gibt. Die Wasserstraßen sind durch Farben nach ihrer befahrbarkeit von 3000 t bis 170 t herunter unterschieden. Besonderen Wert gibt der Karte ein Nebenblatt, welches zum ersten Male die Donau bis zur Mündung als Schifffahrtsstraße mit den Merkmalen zeigt. Bei dem billigen Preise von 4 M. für die Karte im Umschlag ist dem amtlichen Werke, erschienen im C. F. erlag, Berlin W 35, eine weite Verbreitung zu wünschen.

Korrespondenzen.

Berlin. Durch die andauernde ununterbrochene Steigerung der notwendigen Nahrungsmittel und Gebrauchsgegenstände und dadurch bedingte Entwertung des Geldes im allgemeinen und mit des Arbeitslohnes im besonderen waren die Steinarbeiter Berlins von neuem veranlaßt, sich an den Verband der Steinmechäfte Groß-Berlins und an die Innung zu Berlin zu wenden um Erhöhung der bisher gezahlten Teuerungszulage nachzuholen. Die am 1. November stattgefundene Versammlung hatte zu den ungünstig veränderten Verhältnissen minimale Forderungen Zulage von 6 Ml. zu der bisher gezahlten Teuerungszulage von 20 Ml. erhoben, die ab 3. November gezahlt werden sollte.

der am 17. November im Verbandshause der Baugeschäfte aufgefundene Sitzung des Vorstandes der Steinmeiergeschäfte und Einigung mit der Kommission der Steinarbeiter wurde nach weiterem Verhandeln eine Vereinbarung erzielt, dahingehend, daß 17. November eine weitere Erhöhung der Zeuerungszulage von auf 26 Ml. stattfindet, die zum erstenmal am 24. November zur Zahlung gelangt und bis 29. Februar resp. 1. März 1918 Gültigkeit haben soll. Ferner, daß Schrißhauer bis 100 Mark Wochenverdienst Anspruch auf 26 Mark Zeuerungszulage pro Woche beanspruchen. Die am 18. November versammelten Steinarbeiter Berlins zeigten nach Anhörung des Berichts der Kommission den getroffenen Vereinbarungen durch Annahme folgender Resolution ihre Zustimmung ertheilt: „Die heute am 18. November im Gewerkschafts- sitzende, stark besuchte Versammlung der Steinarbeiter Berlins lädt sich mit den getroffenen Vereinbarungen, wodurch die Zeuerungszulage eine Erhöhung von 20 auf 26 Ml. pro Woche erhält, und Schrißhauer bis 100 Ml. Wochenverdienst Anspruch auf 26 Ml. Zeuerungszulage haben, einverstanden. Die Versammlung beauftragt den Vorstand, noch vor Ablauf der Vereinbarung, dem 1. März 1918, dem Vorstand der Steinmeiergeschäfte gezielte Vorschläge für eine weitere Erhöhung der Zeuerungszulage, die den eventuell veränderten Verhältnissen Rechnung trägt, zu erbreiten.“ Unzufriedenheit in der Versammlung herrschte über, daß die Zulagen nicht vom 2. November, wie gefordert, willigt wurden. Auch über die in Berlin aktuell gewordene Regelung einer Regelung der Entlohnung der in Marmorbetrieben Schleiferinnen, die dringend einer Regelung bedarf, wurde diskutiert und erwartet, daß die Arbeitgeber der ihnen zugehörigen Ausstellung der Höhe für Schleiferinnen ihre Zustimmung geben werden. Kollegen und Kolleginnen, wenn wir die Lungen unter den baugewerblich beschäftigten organisierten Arbeitern einzunehmen wollen, die uns geführt, um unsere Lebenslage zu verbessern und sie den Verhältnissen entsprechend anzupassen wollen, heißt es jetzt zusammenhalten mit den Freunden.“

geht es bei jahreszeitlichen und bei partie: einer für alle, für einen, eingedenkt des Fortes: Wenn du mit Warten bangst, ob du allein, was du mit Ehr verlangst, ist halb schon dein! Zahlen vom 3. Quartal 1917: Rassenbestand vom 2. Quartal 11273 Mt., sonstige Einnahmen 1551.19 Mt., Summa 12 463.92 Ausgaben 1319.99 Mt., Bestand 11 143.93 Mt., Überschuss 29 Mt. Geue.

Zurück. Anfolge der jetzt fortwährenden Verkürzung der
rechnung und Verbrauchszeitraum fühlten sich die Kollektiv-
einfahrt, wieder an ihren Haustürknoten um Erhöhung der Zulagen
verunsichert. Für diesmal kommt nur ein Versuch in Frage, weil
Erfahrungswerte Brum in Evangelheimen stillgelegt ist. Kollekte
wurde daher erneut den Antrag mit dem gerade verlaubten
Erreichbar zu vertheilen. Zeitgeiste wurden, da Bauarbeiten
noch bei Kriegszeit nicht zu Proze kommen, weitere 10 Prozent
abzog auf Kirchliche Theuren, 10. bis, weitere Zulage zu den schon
Baukosten gehörenden Zulagen aus Einschätzungen und eine Erhöhung
Erwerbsleistung und der Satz wurde auf ein weiteres Jahr ver-
setzt. Durch die fortgeführten Überprüfungen in die Zahl der
dort geregelten Informationsstiftungen und die Zahl der für
Kreis- und Gemeindekasse in das L. S. Zertifikat im Verhältnis ein-
trat, so, so sich noch kein Volumen zeigen der eine Mittelverein und der
Kirche nicht besser erfüllt werden wäre. Wenn geht alle freu und

— 20 —

Im Felde gefallen
sind nachstehende Kollegen:
Albin Wölfel, 30 Jahre alt aus der irrländischen

Alois Wölker, 30 Jahre alt, aus der früheren
Zahlstelle Steinwiesen.
Oswald Locke, 23 Jahre alt, aus der früheren
Zahlstelle Königshain.
Johann Sinner, 25 Jahre alt, aus der früheren
Zahlstelle Kirchheim.
Joseph Endres, 31 Jahre alt, aus der früheren

Ehre ihrem Andenken!

Französischer Redakteur: Alois Staudinger, Leipzig.
Verlag von Paul Sterle in Leipzig.